

Ansprache Übergabe Initiative 7. Juni 2017

Liebe Wohnungslose, liebe prekär Wohnende, liebe Kündigungsbedrohte;
Geschätzte MitstreiterInnen in- und ausserhalb des Netzwerks Wohnungsnot;
Sehr geehrte Frau Staatsschreiberin, sehr geehrte Gross- und Regierungsräte.

Dass heute an der Elsässerstrasse 22 knapp 400 Menschen ohne festen Wohnsitz angemeldet sind, zeigt lediglich die Spitze des Eisbergs „Wohnungsnot in Basel“. Viele Menschen wohnen zu teuer, haben zu kleine oder hygienisch unzumutbare Wohnungen, sind von Massenkündigungen wegen Sanierungen oder gar purer Profitmaximierungsbestrebungen bedroht.

Natürlich ist so eine Meldeadresse kurzfristig eine Erleichterung. Man existiert offiziell weiter, wird nicht „amtlich gestrichen“, ist anschreibbar und kann weiter Sozialleistungen beziehen. Und frau hat ein kleines Postfach - in einer von sechs Schubladen.

Aber wollen wir wirklich, dass Wohnungslosigkeit schubladisiert wird?

Das Netzwerk Wohnungsnot ist ein Zusammenschluss von Institutionen aus dem Bereich der Schadensminderung und Armutsbekämpfung und Betroffenen respektive ihren InteressenvertreterInnen und weiteren wohnpolitisch Aktiven. Als wir 2014 eine Petition für Massnahmen gegen die Wohnungsnot einreichten war klar, dass dieses Instrument kaum mehr bewirken würde, als eine erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema. Und tatsächlich war die Beantwortung der Petition letztendlich nicht viel mehr, als ein copy-paste von Floskeln, die uns bereits hinlänglich bekannt waren.

Also gingen wir einen Schritt weiter und lancierten vor einem guten Jahr die Volksinitiative für die Verankerung des Menschenrechts auf Wohnen in der Verfassung des Kantons Basel-Stadt.

Wohnen gehört wie Nahrung und Kleidung - von Luft und Wasser ganz zu schweigen - zu den unverzichtbaren Grundbedürfnissen aller Menschen. Im Gegensatz zu anderen Grundbedürfnissen ist eine Wohnung durch Besonderheiten gekennzeichnet: der grosse Aufwand für die Errichtung, die Langlebigkeit und Immobilität machen die Verwirklichung des Anspruchs, alle Menschen mit angemessenen Wohnungen zu versorgen, zu einer Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Wenn wir heute die Initiative „Recht auf Wohnen“ mit bisher 3'188 gültigen Stimmen einreichen, betreiben wir damit keine Symbolpolitik. Viel zu ernst ist die soziale Realität der einzelnen von Wohnungsnot betroffenen oder bedrohten Menschen. Und bedroht sind wir bald alle – die Wohnungsnot ist mittlerweile im „Mittelstand“ angekommen.

Wenn wir heute diese Initiative einreichen, dann ist es weil wir etwas ändern wollen. Dann ist es im Bewusstsein, dass wir eine Abstimmung gewinnen können, gewinnen müssen und gewinnen werden!

Und wieso werden wir sie gewinnen?

Weil wir uns schlicht nicht vorstellen können, dass es in diesem Kanton StimmbürgerInnen gibt, die etwas dagegen haben, dass alle in Basel-Stadt

niedergelassenen Menschen sich am Abend in ihre eigenen vier Wände zurückziehen können, den Schlüssel drehen und in ihrer Privatsphäre Kraft tanken und Geborgenheit erleben dürfen.

Auch weil wir sicher sind, dass heute niemand der Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung und Immobilienbranche ruhig schlafen kann im Wissen darum, dass viele Menschen unter uns die Nacht in der Langen Erle, in der Notschlafstelle oder vorübergehend auf dem Sofa eines Kollegen verbringen müssen.

Und auch weil wir wissen, dass Menschenwürde, keine Frage des Parteibüchleins ist, dass Grundrechte nicht unterscheiden zwischen „Links“ und „Rechts“ und dass ein angemessener und bezahlbarer Wohnraum kein Privileg ist, abhängig von sozialem Status, Endung des Nachnamens oder der Biografie.

Und weil die Wohnungsnot nicht erst in 3-4 Jahren ein grosses Problem für viele Menschen sein wird, erwarten wir, dass bereits heute damit begonnen wird, erste hilfreiche Notmassnahmen umzusetzen.